

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 09.02.2010

Niedersächsische Armuts- und Reichtumsberichterstattung quantitativ und qualitativ ausbauen - Armutsbekämpfung und Armutsprävention erfolgreich etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Armutsquote hat sich auch in Niedersachsen auf einem hohen Niveau etabliert. Selbst wenn einzelne Merkmale das Ranking der Armutsrisiken unangefochten anführen - wie die Erziehung von Kindern durch Alleinstehende, eine mangelnde Ausbildung und/oder eine nicht deutsche Herkunftsfamilie - sind inzwischen immer breitere Bevölkerungsgruppen von der Sorge um ihre soziale Zukunft betroffen. Das subjektive Empfinden der Menschen bildet dabei die objektiven Verhältnisse gut nach. Denn das Faktum von Armut und extremer Armut, das nicht selten mit einer gesellschaftlichen Ausgrenzung ohne Aussicht auf Rückkehr einhergeht, hat in den vergangenen Jahren sukzessive zugenommen und betrifft auch Personengruppen, die vormals zur sogenannten Mittelschicht gehörten. Damit droht die Mittelschicht unserer Gesellschaft in erheblichen Teilen wegzubrechen.

Zur Bekämpfung von Armut sind national wie international vielfach politische Beschlüsse gefasst worden, die im Nachhinein als wirkungsfreie Absichtsbekundungen bezeichnet werden können. So z. B. die Armutsbekämpfung der Lissabon-Strategie und die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Dennoch ist die Bekämpfung der Armut nicht allein ein humanitäres Gebot, sondern eine zentrale Aufgabe zur Stabilisierung von demokratischen Strukturen innerhalb der Gesellschaft.

Eine wirkungsvolle Bekämpfung von Armut setzt genaue Kenntnisse über die komplexen Umstände der Armut voraus. Bereits Ende der 1970er-Jahre wurde Armutsbeobachtung und Armutsforschung von der Europäischen Union als sozialpolitische Notwendigkeit benannt. Eine wissenschaftlich fundierte Erfassung sozialer Disparitäten, die dabei möglichst präzise Ursachen, Wirkungsweisen und Wirkungsmechanismen analysiert, soll als Grundlage dienen, Armut auf verschiedenen Handlungsebenen zu begegnen. Da Armut eine Frage der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums ist, muss gerade dieser Reichtum ebenfalls akribisch erfasst werden.

Auf Bundesebene existierte lange Zeit eine grundlegende Ablehnung gegenüber der Forderung eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu institutionalisieren. Damit war das Thema allerdings nicht von der politischen Agenda gestrichen: Verschiedene Sozial- und Lebenslagenberichte wurden aus Kreisen der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften und Kirchen bei wissenschaftlichen Instituten in Auftrag gegeben. Diese hatten einen wesentlichen Einfluss darauf, dass schließlich 2001 ein erster Armuts- und Reichtumsbericht durch die damalige Bundesregierung vorgelegt wurde. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für Niedersachsen feststellen: 1995 wurde die Landesarmutskonferenz gegründet und 1998 ein erster Armuts- und Reichtumsbericht für Niedersachsen veröffentlicht.

Der Landtag stellt fest:

1. Die wissenschaftliche Erfassung sozialer Disparitäten ist politische Aufgabe des Gesetzgebers; er überlässt sie nicht ohne eigene Bemühungen den Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen usw.
2. Der seit 1998 durch das Niedersächsische Landesamt für Statistik erstellte und jährlich erscheinende Armuts- und Reichtumsbericht und dessen methodische Weiterentwicklung 2008 - nicht zuletzt die Umstellung der Erhebung auf Basis EU-SILC - sind begrüßenswerte Schritte

hin zu einer umfassenden Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Sozialschichtung auf Landesebene.

3. Die bisherige Berichterstattung in Niedersachsen muss in ihrem quantitativen Umfang und besonders in der qualitativen Methodik deutlich ausgebaut werden, um eine wissenschaftliche Ursachen-Wirkungen-Analyse zu erzielen, an der sich politische Handlungsoptionen auch regional zur Armutsbekämpfung ableiten lassen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein wissenschaftliches Expertenteam unter Führung des Statistischen Landesamtes damit zu beauftragen, auf Grundlage neuester Methodik den Rahmen für einen deutlich erweiterten Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Grundlegende Zielsetzung soll die Erstellung einer möglichst präzisen Ursachen-Wirkungen-Analyse sein,
2. zur langfristigen Implementierung dieses Instrumentes, das weiterhin im jährlichen Turnus veröffentlicht werden soll, die Mittel für einen entsprechenden Stellenausbau im Statistisches Landesamt bereitzustellen.

Begründung

Die Politik muss zum Wohle aller Menschen unserer Gesellschaft den Kampf gegen Armut aufnehmen. Je später, desto teurer sind sowohl der monetäre als auch gesellschaftliche Preis. Die Pflicht, der zunehmenden sozialen Zerklüftung entgegenzuwirken, leitet sich zudem aus dem Sozialstaatsprinzip ab, das unwiderruflich im Grundgesetz verankert ist.

Die Institutionalisierung einer kontinuierlichen und umfassenden Erhebung sozialer Disparitäten ist - gemessen an der Dringlichkeit der Armutsbekämpfung - eine geringe Investition. Ohne ein solches Instrument besteht die Gefahr, monokausale Antworten auf komplexe Fragen zu geben und in der Armutsbekämpfung falsche bzw. ineffektive Hebel zu ziehen. Die analytische Auswertung der Entwicklung sozialer Disparitäten ist dabei besonders sinnvoll, wenn sie in der Strategie der Armutsbekämpfung für präventive Maßnahmen genutzt wird.

Nach der „Lissabon-Strategie“ und den „Millenniumszielen“ droht auch das „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung - 2010“ ins Leere zu laufen. Der Beschluss für eine umfassende Armuts- und Reichtumsberichterstattung könnte ein erstes Signal einer Politik sein, die über den Status der Absichtsbekundung hinaus geht. Niedersachsen würde damit eine Vorbildfunktion einnehmen.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin